

Änderungsantrag 41**Kati Piri, Knut Fleckenstein, Victor Boştinaru**

im Namen der S&D-Fraktion

Alexander Graf Lambsdorff

im Namen der ALDE-Fraktion

Bodil Valero, Rebecca Harms, Ska Keller, Ernest Maragall

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 42***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

42. betont, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Migration in die EU nicht dazu führen sollten, dass Flüchtlinge zurückgewiesen oder Personen rechtswidrig inhaftiert werden; bekräftigt seine Forderung an die **Türkei**, die geografische Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufzuheben; beharrt darauf, dass unbedingt sichere und legale Routen für Flüchtlinge eingerichtet werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen für die Umsiedlung von Flüchtlingen beträchtlich zu verstärken; ist der Ansicht, dass diese humanitäre Krise allein durch eine politische Lösung der Syrienkrise dauerhaft bewältigt werden kann;

42. betont, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Migration in die EU nicht dazu führen sollten, dass Flüchtlinge zurückgewiesen oder Personen rechtswidrig inhaftiert werden; **fordert die Kommission auf, im Hinblick auf den Gemeinsamen Aktionsplans der EU und der Türkei die Behauptungen zu prüfen, die Amnesty International in seinem Bericht vom 1. April 2016 aufgestellt hat, wonach die Türkei syrische Flüchtlinge zur Rückkehr zwingt; bekräftigt, dass alle Rückführungsverfahren aus Griechenland in die Türkei vollständig im Einklang mit internationalen und EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf den Zugang zu Asyl und internationalem Schutz und die Umsetzung von Grundrechten und Verfahrensgarantien erfolgen müssen; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Art und Weise, wie die türkischen Behörden die Vereinbarung umsetzen, genau zu verfolgen und zu prüfen, ob der Grundsatz der Nichtzurückweisung im Falle von Personen, die in die Türkei zurückgekehrt sind, beachtet wird;** bekräftigt seine Forderung an die **türkische**

Regierung, die geografische Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufzuheben; beharrt darauf, dass unbedingt sichere und legale Routen für Flüchtlinge eingerichtet werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen für die Umsiedlung von Flüchtlingen beträchtlich zu verstärken; ist der Ansicht, dass diese humanitäre Krise allein durch eine politische Lösung der Syrienkrise dauerhaft bewältigt werden kann;

Or. en